

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Kommissionsvorlage 17/13**



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Enquetekommission
Norddeutsche Kooperation
Der Vorsitzende
Herrn Markus Matthießen
Postfach 71 21
24171 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

24.06.2010

Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Matthießen,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Warnecke,

vorbereitend zur nächsten Sitzung der Enquetekommission am Montag, den 28. Juni 2010 übersenden wir Ihnen heute eine erste Stellungnahme, insbesondere zum Themenfeld „Wirtschaft und Arbeit“:

1. Vorbemerkung:

UVNord nimmt Stellung aus Sicht der 63 vertretenden Mitgliedsverbände, in denen heute über 30.000 Unternehmen organisiert sind, die in Schleswig-Holstein und Hamburg über 1,3 Millionen Menschen Beschäftigung geben. Diese Unternehmen verstehen Hamburg und Schleswig-Holstein bereits seit vielen Jahren als einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Folgerichtig haben im Jahr 2000 die Spitzenverbände der hamburgischen und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sich zu UVNord zusammengeschlossen. Damit sollte zugleich das Signal an Senat und Landesregierung gesetzt werden, auf allen politischen Themenfeldern eng zusammenzuarbeiten, um den Menschen in beiden Ländern das Gefühl zu geben, als lebten sie bereits in einem gemeinsamen Bundesland. Mit der Fusion der Spitzenverbände von Hamburg und Schleswig-Holstein zum heutigen UVNord haben wir nach einer ersten Bilanz der letzten 10 Jahre ein überaus positives Fazit ziehen können. Die Verbände und die durch sie repräsentierten Unternehmen sind noch enger als bislang zusammengewachsen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Enquetekommission zur „Norddeutschen Kooperation“ eingesetzt hat. Wir erhoffen uns insbesondere bei den zu findenden Ergebnissen einen neuen Schwung in der Kooperation beider Länder. Im Vordergrund steht dabei für uns eine zunehmende Kooperation bis hin zu einer langfristigen Länderfusion. Das Thema „Nordstaat“ ist dabei nicht prioritär, sondern auch in der Vergangenheit lediglich als Arbeitstitel für eine engere Kooperation von Hamburg und Schleswig-Holstein zu verstehen, der insbesondere dafür steht, die bestehende Doppel- und Mehrfacharbeit zwischen beiden Bundesländern abzubauen.

2. Themenbereich „Wirtschaft und Arbeit“:

Es gibt wohl kaum zwei Länder in der Bundesrepublik, die sich so gut ergänzen wie Hamburg und Schleswig-Holstein. Was der eine nicht hat, hat der andere und umgekehrt. Wenn Hamburg die vielfachen Anfragen nach Industrie- und Gewerbeansiedlungen bedienen will, braucht es vor allem geeignete Flächen – und die hat Schleswig-Holstein. Wenn Schleswig-Holstein weiter prosperieren will, braucht es die Wirtschaftskraft Hamburgs mit seiner einzigartigen Spitzenstellung in den Bereichen Luftfahrtindustrie, Hafenwirtschaft sowie in Industrie und Handel.

Wie eng die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg vernetzt ist, zeigen die Pendlerströme zwischen beiden Ländern, aber auch die jeweiligen Betriebsstätten der Unternehmen, die an Ländergrenzen nicht halt machen.

In der Zukunft müssen aus unserer Sicht beide Länder die Chancen generieren, die sich aus der festen Querung über den Fehmarnbelt ergeben. Dazu zählt eine abgestimmte Planung, insbesondere für die Hinterlandanbindung und damit eine engere Kooperation in der Abstimmung der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturvorhaben wie den Weiterbau der A20, einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt, dem sechsspurigen Ausbau der A7, der Hafenuerspannung und dem Ausbau des Schienenverkehrs.

UVNord begrüßt die bisherigen Kooperationsvereinbarungen beider Länder, insbesondere die Fusion von Verwaltungseinheiten wie z. B. der Datenzentralen, der Eichämter, der Forstämter, einer gemeinsamen Medienanstalt sowie neuerdings auch einer gemeinsamen Patentverwertungsagentur.

Doch auf den Lorbeeren der Vergangenheit darf sich die Politik in beiden Ländern nicht ausruhen, insbesondere nicht bei der jeweiligen Haushaltssituation. Daher machen wir weitergehende Vorschläge, um die bestehende Doppelarbeit in beiden Ländern abzubauen und entsprechende Synergien für die Haushalte zu generieren.

3. Vorschläge für eine engere Kooperation von Schleswig-Holstein und Hamburg:

Für die Planung der Unternehmen und für eine gedeihliche norddeutsche Verkehrsinfrastruktur ist aus unserer Sicht erforderlich, dass beide Länder zu einer gemeinsamen Landesplanung kommen.

Im Weiteren sollte aus unserer Sicht ein gemeinsamer Landesrechnungshof gebildet werden.

Um Neuansiedlungen abgestimmter zu akquirieren, sind für uns auch eine gemeinsame Wirtschaftsförderung sowie eine vereinheitlichte Struktur der wirtschaftsnahen Förderinstitute erforderlich. Hierzu könnte auch eine gemeinsame norddeutsche Investitionsbank zählen.

Erforderlich ist ferner ein gemeinsames Leitbild von Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg hat mit dem Leitbild einer wachsenden Stadt mit Weitsicht bereits eine belastbare Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der Hansestadt. In Schleswig-Holstein gab es in der Vergangenheit zu viele unterschiedliche Visionen, mit denen sich das Land darstellte. Um im internationalen Wettbewerb in einer globalisierten Welt bestehen zu können, ist es aus unserer Sicht erforderlich, ein Leitbild gemeinsam mit Hamburg zu erarbeiten.

Um das Gewicht beider Länder im Bund zu erhöhen, sollte auch über eine gemeinsame Landesvertretung in Berlin nachgedacht werden. Die gute Arbeit des Hanse-Office in Brüssel für beide Länder liefert hierzu ein wichtiges Argument. Vor dem Hintergrund einer enger werdenden Kooperation zwischen beiden Ländern sollte in Kiel wie in Hamburg darüber nachgedacht werden, zu einer umfassenden Strukturreform der Verwaltungen zu kommen. In Hamburg liegen bereits Vorschläge und Anregungen für eine Verkleinerung der Behördenzahl auf dem Tisch. In Schleswig-Holstein halten wir es für erforderlich, zu einer umfassenden Verwaltungs- und Strukturreform zu kommen, da das Land aus Sicht der Wirtschaft überverwaltet ist. Eine Verwaltungsebene ist in jedem Fall einzusparen, wobei zuvor eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten zwischen der kommunalen Familie, der Ämterebene, der Kreise und der Landesregierung erfolgen muss.

4. Abschlussbemerkung:

Es ist nicht nur der erklärte Wille der freiwillig organisierten Wirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein, dass beide Länder bis hin zur Fusion enger zusammenrücken, sondern offenbar auch der Wunsch der Bevölkerung. Bereits im Januar 2005 hat UVNord hierzu das Marktforschungsinstitut PSEPHOS beauftragt, eine repräsentative Befragung in der Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein durchzuführen, um ein Meinungsbild für einen Zusammen-

schluss der beiden Bundesländer zu einem gemeinsamen Bundesland zu erhalten. Die Ergebnisse hierzu lauteten im Einzelnen:

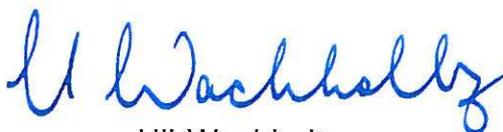
- Gleich große absolute Mehrheiten der Bevölkerung in Hamburg und in Schleswig-Holstein (je 52 %) befürworteten einen künftigen Zusammenschluss der beiden Länder, jeweils nur ein gutes Drittel (36 % bzw. 37 %) lehnt eine Fusion ab.
- Hintergrund dieser Entscheidung ist auf beiden Seiten der starke Wunsch nach einer verbesserten Zusammenarbeit beider Länder in wichtigen Politikfeldern und auch die Vermutung einer Mehrheit der Befragten (52 % bzw. 50 %), dass die Vorteile einer Fusion generell überwiegen würden, während nur ein knappes Viertel eher Nachteile befürchtet.

Aus dem Zusammenwachsen eines sich vergrößernden Europa, den Herausforderungen einer sich verstärkenden Globalisierung und dem unübersehbaren Reformbedarf in Deutschland ziehen die Bürgerinnen und Bürger in Norddeutschland offenbar mehrheitlich nicht den Schluss, sich auf Kleinräumigkeit und Abgrenzung zurückzuziehen, sondern stehen mehrheitlich zu einer Länderfusion, die eine gestärkte Wirtschaftsregion sowie eine politische Einheit schafft und welche die Standortbedingungen verbessert, ohne dass dabei regionale Bindungen und Heimatgefühle über Bord geworfen werden.

Ein wichtiges weiteres Argument aus Sicht von UVNord für eine engere Kooperation von Hamburg und Schleswig-Holstein bis hin zur Fusion ist, das Gewicht des Nordens gegenüber den süddeutschen Bundesländern zu erhöhen. Dass dies erforderlich ist, zeigt nicht zuletzt die Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Verkehrsetat des Bundes.

Mit freundlichen Grüßen

UVNord – Vereinigung
der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.



Uli Wachholtz
(Präsident)



Michael Thomas Fröhlich
(Hauptgeschäftsführer)